

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher
sehr geehrte Damen und Herren,

wer jetzt die Dschungelbuchrede Teil 2 erwartet, den muss ich enttäuschen. Bei Mehrteilern ist der Zweite selten besser als der Erste.

Wir stehen vor einem neuen Haushaltsjahr und vor Langens Superwahljahr.

Das merkt man dem eingebrachten Haushalt an.

Aber damit wir uns nicht falsch verstehen, das merkt man mit hoher Wahrscheinlichkeit in Hessen fast jedem kommunalen Haushalt für 2026 an, dazu bedarf es keiner bevorstehenden Bürgermeisterwahl.

Wir haben einen defizitären Haushalt, der bei einem Minus von über 15 Mio Euro im Ergebnishaushalt landet. Aber wir können dieses Defizit im Jahr 2026 durch Rücklagen und durch eine Ausschüttung aus der Rücklage der BML ausgleichen. Ebenfalls im Paket ist eine pauschale Kürzung bei den Kosten über alle Bereiche der Stadtverwaltung hinweg. Letzteres war übrigens meiner Erinnerung nach mal ein Vorschlag der SPD-Fraktion, die Ausschüttung aus Rücklagen der Gesellschaften ein Vorschlag der NEV-Fraktion. Früher beides völlig unmöglich und unter keinen Umständen zu verfolgen.

Der Haushalt 2026 der Stadt Langen wird, wie jeder Haushalt von, externen Einflüssen beeinflusst, wie zum Beispiel die Kreisumlage oder Landeszuschüsse.

Durch den diesmal bereits vor Jahresende eingebrachten Haushalt des Kreises wissen wir, dass wir auch keine Erhöhung der Kreisumlage zu befürchten haben, sondern sogar eine Senkung. Und wir haben auch noch 1,2 Millionen Soforthilfe aus dem 300 Millionen Hilfsfonds des Landes Hessen bekommen.

Man könnte jetzt denken, wir sind ein Hummer, der im Topf liegt, unter uns die heiße Herdplatte, kleine Blasen steigen zwar auf, aber wir lassen unsere Zangenärmchen über den Rand unseres Whirlpools baumeln und sagen: „Fehlen eigentlich nur noch der Champagner und die Zigarre!“ Dazu gibt es eine wirklich gelungene Karikatur, die nennt sich „Völlige Fehleinschätzung eines Optimisten über die aktuelle Lage“.

Ich will gerne dem Bürgermeister zugestehen, dass er in seiner Einbringungsrede keinen Hehl daraus macht, dass sich das Defizit auf über 70 Millionen in den nächsten Jahren aufaddieren wird. Und mit hoher Wahrscheinlichkeit hat er damit nicht übertrieben.

Aber kommen wir nochmal zurück zum Kreis. Die Kreisumlage sinkt von 41,35 Prozentpunkten auf 39,73 Prozentpunkt. Die Schulumlage steigt von 17,14 Prozentpunkten auf 19,06 Prozentpunkte, unterm Strich eine Erhöhung um zu vernachlässigende 0,3 Prozentpunkten.

Allerdings ist der Kreis seinerseits mit deutlich über 30 Millionen defizitär und der Kämmerer sprach am 03.12.2025 bei der Einbringung davon, dass der Haushalt vor 6 Wochen noch nicht genehmigungsfähig gewesen wäre. Interessanterweise erläuterte er aber nicht, wie der nicht geänderte Haushalt jetzt genehmigungsfähig sein soll.

Damit liegt der Schluss nahe, dass sich nicht der Haushalt, sondern die Betrachtung zu den Voraussetzungen der Genehmigungsfähigkeit geändert hat.

Das Land teilte in einer Presseerklärung vom 13.11.2025 zum Nachtragshaushalt mit, dass es eine schnelle und unbürokratische Soforthilfe ohne Zweckbindung gebe, da die öffentlichen Haushalte unter Druck stünden. Zitat: „Das liegt vor allem an der anhaltenden Wirtschaftsflaute in Deutschland und den damit verbundenen geringeren Steuereinnahmen.“

Schon hier fragt man sich, wo die 300 Millionen herkommen und wie die kommunalen Haushalte überhaupt genehmigungsfähig sein können?

Ein weiteres Störgeräusch im Hintergrund ist die finanzielle Entwicklung des kommunalfinanzierten hessischen Landeswohlfahrtsverbandes. Der finanzielle Mehrbedarf für das Jahr 2026 beträgt rund 212 Millionen €, dem aber nur ca. 100 Millionen Rücklage entgegenstehen. Die Kosten in diesem Bereich explodieren.

Das heißt, um uns rum werden gerade auch die anderen Herdplatten angedreht und auch noch der Backofen angeschaltet.

Unser Bürgermeister war über die in diesem Jahr holperige Einbringung des Haushalts betrübt. „Kein Ruhmesblatt der Demokratie“ nannte er es. Tatsächlich haben die Stadtverordneten den defizitären Haushalt mehrheitlich von der Tagesordnung

genommen und erst beim zweiten Versuch wurde der Haushalt eingebracht.

Nun, eigentlich war diese Absetzung von der Tagesordnung eine Sternstunde der Demokratie. Es sollte ein Haushalt eingebracht werden, von dem im Vorbericht zu lesen war, dass mindestens Zweifel an seiner Genehmigungsfähigkeit bestehen. Und da haben sich doch die Fraktionen, die keinen hauptamtlichen Dezernenten haben, tatsächlich erdreistet, zu sagen, dass sie das nicht wollen. Dann gab es - und das zufällig - eine Mehrheit.

Das ist Demokratie.

Und selbst, wenn jedem klar war, dass der Haushalt ganz sicher eingebracht werden wird, ist das trotzdem Demokratie.

Bei jeder Gelegenheit wird „von Zeichen setzen“ gesprochen. Das war ein Zeichen. Den Ball aufgenommen, hat unser Bürgermeister nicht. Statt darzustellen, dass angesichts der Haushaltslage selbst die Stadtverordneten und zwar von Liberal bis Links rebellieren, war Schweigen.

Am 14.11.2025 erläuterte unser Bürgermeister in einer Presseerklärung, dass er mit dem vorgelegten Haushaltssicherungskonzept das Defizit schließen könne. Er sagte dann:

„Ich bin aber guter Hoffnung, dass Bund und Land inzwischen erkannt haben, dass den Kommunen landauf, landab das Wasser bis zum Hals steht und entsprechend handeln. Denn jeder, der noch immer das Märchen erzählt, die Stadt Langen müsse nur entsprechend sparen

und könne das Defizit aus eigener Kraft decken, verschließt sich komplett der Wahrheit.“

Diese Feststellung ist richtig, greift aber zu kurz.

Der Kämmerer ist verpflichtet, einen genehmigungsfähigen Haushalt vorzulegen. Daraus wurde in Langen im Laufe der Jahre und zwar schon durch den Amtsvorgänger des jetzigen Bürgermeisters die Marschrouten: „Das ist die Haushaltslage, erhöht die Grundsteuer oder macht Sparvorschläge.“ Einmal gab es sogar eine „Liste des Grauens“ von der Verwaltung, die irgendwie besonders abschreckend wirken sollte. Dieser Mechanismus mag dazu führen, dass der ein oder andere sagt „und dann sollen wir irgendwo 18 Millionen finden“.

Das in dem Haushalt keiner 18 Millionen Einsparpotential findet, liegt auf der Hand.

Man kann und muss aber sehr wohl das eine tun, auch wenn man das andere nicht lassen kann.

Man muss Sparpotenziale ausmachen, Organisationsmaßnahmen ergreifen und Aufgabenkritik üben.

Aber die Haushaltskommission hat trotz Benennung im März 2025 die Arbeit noch nicht aufgenommen.

Mal ganz abgesehen davon, dass man an vielen Stellen – und da müssen wir uns als Stadtverordnete auch an die eigene Nase fassen – Entscheidungen trifft und getroffen hat, deren teure Auswirkungen man hätte vermeiden können.

Wenn man nach wenigen Jahren erkennen muss, dass Feuerwehr und Bauhof erweitert werden müssen, ist das in erster Linie mal ein

Zeichen dafür, dass man ungünstig geplant hat und den Kritikern z.B. aus der NEV nicht zuhören wollte.

Es wäre hilfreich, wenn sich das bei der Straßenbahn nicht wiederholen würde. Auch ein Thema ist nach wie vor der ewige Zankapfel Hopper und seine Unterdeckung in Millionenhöhe. Der Hopper hat rein gar nichts mit einem angemessenen öffentlichen Personennahverkehr zu tun, er ist ein Prestigeobjekt, das trotzdem weitergefüttert wird.

Wenn man das Haushalts sicherungskonzept für das Haushaltsjahr 2026 betrachtet, empfiehlt es sich Haushaltssicherungskonzept für das Haushaltsjahr 2025 daneben zu legen.

Unser Bürgermeister wurde neulich mit: „Ich habe geliefert!“ zitiert. Betrachtet man nun das Haushaltssicherungskonzept, muss man erkennen:
Wir sind geliefert! Jedenfalls mit höchster Wahrscheinlichkeit.

Die Rücklage ist zwischen 2024 und 2025 kräftig gewachsen. Die Einnahmen aus Gewerbesteuer haben sich gut entwickelt. Die Frage ist, wieviel Zufall und Einmaleffekt steckt da drinnen. Wenn es Einmaleffekte sind, können wir in Zukunft nicht damit rechnen. Wenn es belastbare Entwicklungen sind, müssten die Ansätze hoch. An den Rücklagen nagte allerdings das unterjährige Defizit schon einen reichlichen Teil weg, so dass nur noch rund 15 Mio zur Konsolidierung zur Verfügung stehen.

Die noch im HaSiKo 2025 für das Jahr 2026 als Ultima Ratio vorgesehene Grundsteuererhöhung um ca. 566,97 Punkte kann damit unterbleiben.

Das heißt unser Badewasser hält gerade noch die Temperatur.

Aber warum wird es noch nicht heißer? Weil die Rücklagen – also unser Sparkonto für schlechte Zeiten – in 2026 verbraucht werden und der Kreis seine Aufwendungen nicht periodengerecht in Rechnung stellt, sondern auf 2027 verschiebt. Nach der Wahl.

Wenn sich nicht im Jahr 2026 neue Einmaleffekte in der Gewerbesteuer finden oder sich die Gewerbesteuer nicht weiter robust zeigt, wird uns 2027 die volle Wucht treffen.

Sowohl unserer Bürgermeister als auch der Kämmerer im Kreis, erwähnen die nicht ausreichende Finanzausstattung für die übertragenen Aufgaben und geben ihrer Sorge für die Zukunft Ausdruck. Diese Zukunft ist nicht fern, sondern bereits 2027. Dann nämlich wird die Rechnung präsentiert werden.

Das HaSiKo 2026 geht von einem Nachhaltigkeitsbeitrag für 2027 von 1.436,03 Punkten on top auf den jetzigen Grundsteuerhebesatz aus. In klaren Worten: Die Grundsteuer wird mehr als verdoppelt. Mit dann noch weiteren kleineren Erhöhungen von 106,40 Punkten in 2028 und 83,76 Punkten in 2029 kommt der Nachhaltigkeitsbeitrag auf insgesamt 1.625,70 und die Grundsteuer B auf insgesamt 2.894,47 Punkte.

Das muss nicht so kommen. Es kann z. B. sein, dass die Berechnung der Einwohnerzahl angepasst wird, die Gewerbesteuer sich besser entwickelt und es nicht ganz so schlimm wird. Umgekehrt sind die Entwicklungen der Kreis und Schulumlage nicht wirklich absehbar. Mit anderen Worten: Es kann auch schlimmer kommen.

Wenig tröstlich ist der Verweis des Bürgermeisters, dass es anderen auch so gehe und z.B. Neu-Isenburg einen schlimmen Einbruch der Gewerbesteuer und ein entsprechend hohes Defizit habe aus „einer ganz anderen Fallhöhe“. Tja, wenn man nebeneinander platt am Boden liegt, ist es wenig relevant, ob der anderer dabei einen größeren Fleck hinterlässt.

Man muss doch mal ehrlich anerkennen, dass, so lange jede Partei in Koalitionen ein Herzensprojekt hat und es ihr gelingt aus einem Bedürfnis einen Bedarf zu machen und aus diesem Bedarf einen gesetzlichen Anspruch, die Kosten explodieren. Mal abgesehen davon, dass sich teils nicht mal die Logistik umsetzen lässt oder die Umsetzung im Vorhalten nicht genutzter Kapazitäten erfolgt.

Es ist eben nicht nur das verletzte Konnexitätsprinzip, sondern der Umfang und die Qualität der politisch beschlossenen gesetzlichen Ansprüche, die den Kommunen die Luft abschnüren.

Geht es so weiter, werden wir unsere Mittel zwischen Kinderbetreuung und Kreisumlage aufteilen und es wird keine kommunale Selbstverwaltung mehr stattfinden.

Und hier liebe Kolleginnen und Kollegen sind genau Sie gefragt, die Sie Parteien angehören, die in der ein oder anderen Konstellation in Regierungsverantwortung stehen. Wo bitte ist Ihr Protest, Ihre Grenze? Sowohl beim Konnexitätsprinzip als auch beim Umfang der Aufgaben und Ansprüche.

Ich kann daher nur festhalten, dass es mit Unterstützung eines großzügigen Finanzministeriums als auch einer großzügigen Genehmigungsbehörde gelungen ist, einen genehmigungsfähigen Haushaltsentwurf mit Haushaltssicherungskonzept vorzulegen.

Aber es ist nur eine Verschiebung einer katastrophalen Entwicklung auf das Jahr nach der Wahl.

Damit steht Langen nicht alleine. Zuzugeben ist auch, dass im Rahmen der derzeitigen Lage, der Haushalt trägt. Allerdings enthält der Haushalt nach wie vor Positionen und Folgen früherer Entscheidungen, die wir nicht mitgetragen haben und die sich negativ auswirken. Eine ganze Reihe von Entscheidungen haben aber auch wir mitgetragen.

Die NEV wird diesmal einen ungewöhnlichen Weg gehen. Die Fraktion wird unterschiedlich abstimmen. Ein Teil von uns wird, angesichts einer den Umständen nach, tragfähigen Vorlage für 2026, dem Haushaltsentwurf zustimmen. Für andere Fraktionsmitglieder ist dies nicht so, weil sie der Ansicht sind, dass nur eine Ablehnung das Signal ist, dass es so nicht weitergehen kann und zwar sowohl im Hinblick auf die Entscheidungen hier im Parlament als auch auf die äußeren politisch durchgereichten Ansprüche.

Ich bedanke mich auch im Namen meiner Fraktion bei der Verwaltung. Besonders möchte ich hier hervorheben, dass der Verkauf der Sozialstation in diesem Jahr gelungen ist und hierbei den Mitarbeitern, die bei der Stadt verbleiben wollten, andere Arbeitsplätze angeboten wurden. Besonders bedanken möchte ich mich für die konstruktive Zusammenarbeit beim Gremienmanagement. Dank geht an alle Ehrenamtlichen, die, ob Katastrophenschutz, Ordnungs- und Hilfsleistungen oder im Gemeinwesen für Jung bis Alt, Stadt und Natur mit großem Erfolg für die Stadtgesellschaft viel Zeit und Energie aufwenden.

Und schließlich geht mein Dank an Sie, die Kolleginnen und Kollegen der Stadtverordnetenversammlung. Ich weiß es sehr zu schätzen, dass wir uns selbst bei sehr gegensätzlichen Standpunkten in Ton und Inhalt in der Sache auseinandersetzen. Dieser Umgang ist bei uns gute Tradition. Es gibt im kommenden Jahr auch in veränderter Besetzung viel anzupacken.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und Ihren Familien Frohe Festtage und einen guten Rutsch, kochen Sie was Gutes und steigen Sie nicht selbst in den Topf.

Vielen Dank.

Claudia Trippel
FWG-NEV